



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

2011/2020(BUD)

6.10.2011

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Haushaltsausschuss

zum Standpunkt des Parlaments zum Entwurf des Haushaltsplans 2012 in der vom Rat geänderten Fassung – alle Einzelpläne (2011/2020(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Reinhard Bütikofer

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt den Prozess des Europäischen Semesters, mit dem die Absicht verfolgt wird, eine stärkere wirtschaftspolitische Steuerung zu erreichen; ist der Auffassung, dass die erfolgreiche Umsetzung der Strategie Europa 2020 erhebliche, koordinierte, transparente und angemessene finanzielle Verpflichtungen erfordert, damit ihre Prioritäten sowohl auf Ebene der EU als auch der der Mitgliedstaaten eingehalten werden, und dass jegliche Beschränkung der einschlägigen EU-Haushaltsmittel ihren Erfolg gefährden würde;
2. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die grundlegende Breitbandversorgung für alle Unionsbürger bis 2013 sicherzustellen; weist darauf hin, dass im Hinblick auf einen schnelleren Ausbau des Hochgeschwindigkeitsinternets und die Nutzung der Vorteile eines digitalen Binnenmarkts für Haushalte und Unternehmen gemäß der Leitinitiative „Digitale Agenda“ im Rahmen der Strategie Europa 2020 die Finanzierung von Breitbandinfrastrukturinvestitionen und Infrastrukturprogrammen durch eine verbesserte Planung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene besser koordiniert werden sollte und dass die EU intensiver mit den Regionen zusammenarbeiten sollte, um sie bei der Ausschöpfung der für diese Zwecke verfügbaren Mittel der Strukturfonds und für die Entwicklung des ländlichen Raums zu unterstützen;
3. begrüßt die Absicht der Kommission, die Ziele des Haushaltsentwurfs für 2012 auf die Strategie Europa 2020 auszurichten; hält jedoch die Diskrepanz zwischen den politischen Prioritäten und den tatsächlichen finanziellen Zuweisungen im EU-Haushaltsplan für sehr besorgniserregend, insbesondere in Bezug auf die Energiepolitik, auf die nur 0,5 % der Mittel des EU-Haushaltsplans entfallen und für die die Haushaltsmittel 2012 noch gekürzt werden sollen; bedauert ferner die Tatsache, dass die Unterstützung für nachhaltige Energieprioritäten nur einen sehr kleinen Teil der Programme für Forschung, Entwicklung und Innovation (FuE+I-Programme) ausmachen;
4. unterstreicht die Bedeutung der Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis (RSFF) im Rahmen des Siebten Forschungsrahmenprogramms sowie des Programms für unternehmerische Initiative und Innovation (EIP) im Rahmen des Programms Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP), die als Modelle für innovative Finanzinstrumente in Europa dienen, bei denen sowohl Mittel aus dem EU-Haushaltsplan als auch Finanzmittel der Europäischen Investitionsbank (EIB) für die Unterstützung der Unternehmensentwicklung und der Verwirklichung der Ziele der Leitinitiative „Innovationsunion“ im Rahmen der Strategie Europa 2020 genutzt werden; fordert die Kommission auf, diese Instrumente in den Bereichen Forschung, Innovation und Energie auszuweiten;
5. weist darauf hin, dass Investitionen in FuE+I ein langfristiger und für die Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 wesentlicher Prozess sind; ist der Ansicht, dass die Union ihre Ausgaben auf die Bereiche konzentrieren sollte, die, wie FuE+I, Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit fördern und dazu beitragen, die umfangreichen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zu

bewältigen; verweist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit, die Bedingungen für FuE+I zu verbessern; betont, dass FuE in erneuerbare und nachhaltige Energie, Energieeffizienz und Technologie für die Energiespeicherung und Ressourceneffizienz von besonderem Interesse im Hinblick auf die Energie- und Klimaziele der Union ist; fordert eine Bewertung der Machbarkeit und Wirksamkeit der Nachhaltigkeitskriterien in den FuE+I-Programmen der Union und den Projektauswahlverfahren;

6. verweist auf die Bedeutung einer integrierten Energieinfrastruktur in der EU für die Energiesicherheit und einen gemeinsamen EU-Energiemarkt; betont, dass in der Finanzplanung zwar gegenüber der ursprünglichen Mittelausstattung eine umfangreiche Aufstockung des Haushaltsplans 2007-2013 für das Programm der Transeuropäischen Energienetze (TEN-Energie) vorgesehen ist, der Haushaltsentwurf jedoch eine Kürzung der Mittel um 12,5% für dieses Programm vorsieht und die veranschlagten 22 Mio. Euro im Vergleich zu den entstehenden Herausforderungen und dem Programm der Transeuropäischen Energienetze (TEN-Verkehr) jedoch immer noch sehr begrenzt sind; fordert, dass mehr Haushaltsmittel für die Weiterentwicklung der EU-Infrastrukturnetze und -technologie, insbesondere intelligente Stromnetze und ein europäisches Super-Stromnetz, veranschlagt werden, um eine bessere Integration des EU-Energiemarktes und die Einführung von aus erneuerbaren Quellen gewonnener Energie zu fördern und zur Entwicklung der für den Einsatz elektrischer Fahrzeuge benötigten Infrastruktur beizutragen;
7. weist darauf hin, dass die Union und die Mitgliedstaaten nicht genügend in Maßnahmen zur Verringerung der CO₂-Emissionen und zur Erhöhung der Energieeffizienz im Gebäude- und Verkehrssektor investiert haben; fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden und zentralen städtischen Wärme- und Kälteversorgungsnetzen zu ergreifen und 2012 als Teil der Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens mehr Mittel bereitzustellen;
8. erinnert daran, dass das Siebte Forschungsrahmenprogramm vollständig umgesetzt werden muss; unterstützt Bemühungen, zusammen mit der EIB und dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) innovative Wege zu beschreiten, um Investitionen zu mobilisieren sowie Forschung und Innovation zu fördern, wofür die RSFF ein Beispiel ist; unterstützt die Freigabe zusätzlicher Haushaltsmittel für die RSFF, fordert aber auch eine bessere Aufnahme unter den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU);
9. lehnt den Vorschlag der Kommission ab, für das Siebte Forschungsrahmenprogramm zugewiesene Mittel auf das Projekt des Internationalen Thermonuklearen Versuchsreaktor (ITER) umzuschichten; empfiehlt, das ITER-Programm aus der verbleibende Marge zu finanzieren;
10. unterstreicht die Bedeutung des Erasmus-Programms für junge Unternehmer und fordert die Kommission auf, 2012 eine angemessene Mittelausstattung für dieses Programm sicherzustellen;
11. verweist auf die dringende Notwendigkeit, sich auf sichere und nachhaltige Technologien zu konzentrieren, die in absehbarer Zeit verfügbar sein werden oder die bereits als Technologie-Säulen der EU-Energie- und Klimapolitik verfügbar sind, wie z.B. die im

Strategischen Energietechnologieplan (SET-Plan) der Union benannten ausgereiftesten Technologien, die gefördert und umgesetzt werden müssen, um die Ziele der Strategie Europa 2020 zu erfüllen; bedauert die Tatsache, dass im Haushaltsentwurf 2012 keine Finanzmittel für die Technologien des SET-Plans unmittelbar in der bestehenden SET-Plan-Haushaltlinie enthalten sind; ist daher der Ansicht, dass unverzüglich Vorkehrungen für die langfristige Finanzierung der Entwicklung solcher innovativer, nachhaltiger Energietechnologien getroffen werden sollten;

12. fordert eine vollständige Umsetzung des „Small Business Act“ mit der Einführung von KMU-bezogenen Maßnahmen, einschließlich Maßnahmen, um den Zugang von KMU zu Finanzmitteln zu verbessern, ihre Beteiligung an öffentlichen Aufträgen zu erhöhen und spezifische Programme und innovative Finanzmechanismen zu entwickeln; fordert, dass die spezifischen Programme im Rahmen des CIP – ein KMU-Leitprogramm – erheblich aufgestockt und die für dessen Umsetzung zuständige Exekutivagentur (die Exekutivagentur „Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“ – EACI) umfassend unterstützt werden;
13. befürwortet die Ausgabe von Projektanleihen, um den umfangreichen Infrastrukturbedarf der Union und die strukturellen Projekte der Agenda EU 2020, geplante neue EU-Strategien, wie die neue Strategie für die Entwicklung der Energieinfrastruktur, und weitere umfangreiche Projekte zu finanzieren; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Verfahren für die Initiative „Europa-2020-Projektanleihen“ möglichst rasch eingeführt werden, jedenfalls vor 2014, dem im einschlägigen Konsultationspapier der Kommission angesetzten Termin;
14. ist der Ansicht, dass eindeutige und ehrgeizige Ziele und eine ausreichende Finanzierung einer Politik für nachhaltige Energie, Energieeffizienz und Ressourceneffizienz kostenwirksame Vorteile für die europäische Wirtschaft insgesamt mit sich bringen können; fordert, dass öffentliche und private Mittel der EU und der Mitgliedstaaten für Investitionen in diese vorrangigen Sektoren bereitgestellt werden; begrüßt in diesem Zusammenhang die Überprüfung der Energiesteuer-Richtlinie, die umfangreiche Anreize für eine Umstellung auf erneuerbare Energiequellen liefern kann;
15. begrüßt die vorgeschlagene Mittelaufstockung für die Europäische Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) in Anbetracht der kurz bevorstehenden Annahme der Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (REMIT-Verordnung)¹ und der wachsenden Zuständigkeiten der Agentur; fordert, dass mehr Haushaltsmittel für die Weiterentwicklung der EU-Infrastrukturnetze und -technologie, insbesondere intelligente Stromnetze und ein europäisches Super-Stromnetz, veranschlagt werden;
16. weist darauf hin, dass die Zahlen der Finanzplanung für Euratom für 2012 sehr vorläufigen Charakter haben; betont daher, dass bewertet werden muss, ob die EU-Mitteluweisungen für Projekte im Rahmen der atomaren Sicherheit ausreichen, um die Kosten der Stresstests in allen Atomanlagen in der EU zu decken;
17. betont, dass Notlösungen wahrscheinlich Erfolg und Mehrwert strategischer EU-Projekte

¹ KOM(2010)0726.

gefährden; ist der Ansicht, dass stattdessen langfristige haushaltspolitische Lösungen sowie nachhaltige Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden müssen; betont, dass verantwortungsbewusstes Handeln (Governance), eine präzise allgemeine und zeitliche Planung, ein solides Finanzgebaren und klare Grenzen für eine Beteiligung der Union für Großprojekte gewährleistet werden müssen, bevor zusätzliche Mittel zugewiesen werden; betont, dass EU-Mittelzuweisungen für solche Projekte nicht aus Mittelumschichtungen aus anderen FuE-Programmen der EU stammen sollten und dass jegliche zusätzlichen Kosten, die entstehen können, umfassend begründet werden müssen; erwartet die künftigen Vorschläge der Kommission zu den technischen und finanziellen Möglichkeiten für die Weiterentwicklung von Galileo und der Globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES) und betont, dass Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Entfaltung der vollen operativen Leistungsfähigkeit von Galileo zu finanzieren; fordert die Kommission auf, die Möglichkeit zu prüfen, Einnahmen aus dem öffentlich-rechtlichen Dienst oder den kommerziellen Diensten zu verwenden, um Galileo zu finanzieren.

BEGRÜNDUNG

Einleitung

Die Prioritäten des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE-Ausschuss) für den Haushaltsentwurf der Union 2012 wurden in seiner Stellungnahme vom 26. Mai 2011 zum Mandat für den Trilog über den Entwurf des Haushaltsplans 2012 zum Ausdruck gebracht, und das Ergebnis der Abstimmung wurde im Anhang dazu veröffentlicht. Die Änderungsanträge zu den vom Rat geänderten Haushaltslinien wurden am 31. August 2011 im ITRE-Ausschuss angenommen.

Der ITRE-Ausschuss brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass nicht zugelassen werden darf, dass die haushaltspolitischen Maßnahmen der EU von den strategischen Zielen, die in der Strategie Europa 2020 für die Union gesetzt worden, abweichen. Der ITRE-Ausschuss möchte insbesondere drei Prioritäten hervorheben:

- Das Siebte Forschungsrahmenprogramm muss in vollem Umfang durchgesetzt werden, um Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu stimulieren und dazu beizutragen, die größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit angehen zu können.
- In der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist es ebenfalls unumgänglich, die europäischen KMU zu unterstützen, insbesondere junge innovative Start-ups, und Unternehmertum durch die Bereitstellung von ausreichend Mitteln für das Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und andere für KMU hilfreiche Programme zu fördern.
- Der ITRE-Ausschuss ist zudem zutiefst besorgt angesichts der Diskrepanz zwischen den in der Strategie Europa 2020 festgelegten politischen Prioritäten für die Energiepolitik und den tatsächlichen Mittelzuweisungen für diesen Bereich, die nur 0,5 % der Mittel des EU-Haushaltsplans ausmachen. Tatsächlich sollen die Haushaltsmittel im Haushaltsentwurf der Kommission für 2012 noch gekürzt werden. Dem Bereich der Energiepolitik muss die notwendige Aufmerksamkeit zugemessen werden, damit die politischen Verpflichtungen Europas eingehalten werden können.

Begründung zu den einzelnen Titeln

Titel 01 – Wirtschaft und Finanzen

Die Kürzung des Rates um 69,5 % (69 500 000 EUR) an Zahlungsermächtigungen für das Programm „Unternehmerische Initiative und Innovation“ (Posten 01 04 04) im Rahmen des CIP würde die Ziele dieses Programm ernsthaft gefährden. Deshalb wird der ursprüngliche Haushaltsentwurf wiederhergestellt.

Titel 02 – Unternehmen

Die Kürzungen des Rates unter Titel 02 gefährden die Verwirklichung der Strategie Europa 2020 in mehreren wichtigen Bereichen: CIP (Posten 02 02 01), Weltraumforschung (Posten

02 02 15 und 02 04 01 01), Forschung im Verkehrsbereich (Galileo) (Posten 02 04 01 03) und Unterstützung für die Agentur für das Europäische GNSS (02 05 02 01). Daher ist eine Wiederherstellung des Haushaltsentwurfs in diesen Bereichen erforderlich.

Angesichts der Notwendigkeit, die Maßnahmen für die KMU in der EU auszuweiten, schlägt der ITRE-Ausschuss außerdem vor, die Mittel für das CIP-Programm (Posten 02 02 01) um 10 Mio. Euro zu erhöhen, um die Förderung der Innovation in KMU weiter zu unterstützen und die erforderlichen Mittel für die Weiterführung des erfolgreichen Erasmus-Programms für junge Unternehmer im Jahr 2012 bereitzustellen.

Titel 08 – Forschung

Titel 10 – Direkte Forschung

Der ITRE-Ausschuss ist der Meinung, dass die vom Rat für die Forschungsbereiche vorgeschlagenen Kürzungen die Tätigkeiten des Siebten Forschungsrahmenprogramms ernsthaft gefährden würden. Diese Kürzungen können zu Verzögerungen bei der Gewährung von Mitteln oder sogar zu verspäteten Zahlungen im Rahmen bereits unterzeichneter Verträge führen. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass bereits im Haushaltsplan 2011 die Zahlungen gekürzt worden waren und dass etwa 70 % aller veranschlagten Zahlungen im Zusammenhang mit RAL-Verpflichtungen aus den Jahren 2007-2011 für bereits unterzeichnete Verträge/Beihilfen stehen.

Der ITRE-Ausschuss vertritt deshalb die Meinung, dass die Wiederherstellung des Haushaltsentwurfs in allen mit der Forschung zusammenhängenden Bereichen und insbesondere dem Siebten Forschungsrahmenprogramm dringend erforderlich ist. Dazu gehören „Zusammenarbeit – Gesundheit“ (Posten 08 02 01), „Zusammenarbeit – Nanowissenschaften, Nanotechnologien, Werkstoffe und neue Produktionsverfahren“ (Posten 08 04 01), Zusammenarbeit – Verkehr (Posten 08 07 01), „Zusammenarbeit – RSFF“ (Posten 08 09 01) „Ideen“ (Posten 08 10 01) und „Kapazitäten“ (Posten 08 13 01 – 08 19 01). Eine Wiederherstellung des Haushaltsentwurfs ist auch für die Forschungsaktivitäten unter den Titeln Verkehr (06), Umwelt (07) und Bildung (15), insbesondere für das Programm „Menschen“ des Siebten Forschungsrahmenprogramms, erforderlich.

Damit Europa die Herausforderungen der Strategie Europa 2020 meistern und die Energieziele erreichen kann, müssen im Bereich nachhaltige Energie größerer Anstrengungen unternommen werden, insbesondere was die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen und deren Einbeziehung in ein intelligentes Stromsystem sowie die Energieeffizienz angeht. Der ITRE-Ausschuss empfiehlt daher, im Bereich „Zusammenarbeit – Energie“ des Siebten Forschungsrahmenprogramms über den Haushaltsentwurf hinauszugehen und schlägt eine Aufstockung um 40 Mio. Euro unter dem Posten 08 05 01 vor, die vor allem der Entwicklung nachhaltiger Energiesysteme und der Energieeffizienz zugute kommen sollen.

Was den Finanzierungsbedarf des ITER-Projekts angeht, lehnt der ITRE-Ausschuss den Vorschlag der Kommission ab, Mittel aus dem Siebten Forschungsrahmenprogramm zu Gunsten des ITER-Projekts umzuschichten. Die gesamte Finanzierung des ITER-Programms sollte als Ganzes beschlossen und verwaltet werden.

Titel 09 – Informationsgesellschaft und Medien

Der ITRE-Ausschuss beantragt die Wiederherstellung von Haushaltslinien, die in großem Umfang der Leitinitiative der Digitalen Agenda 2020 zugute kommen, insbesondere alle Linien, mit denen Forschungs- und Innovationstätigkeiten unterstützt werden.

Titel 32 – Energie

Der Ausschuss beantragt die Wiederherstellung des Haushaltsentwurfs für alle Haushaltslinien unter Titel 32 (mit Ausnahme von Posten 32 06 02 „Forschung im Energiebereich – Gemeinsames Unternehmen Brennstoffzellen und Wasserstoff“) und schlägt eine zusätzliche Aufstockung in Höhe von 10 000 000 Euro an Verpflichtungen und 19 160 000 Euro an Zahlungen für das Programm „Intelligente Energie – Europa“ (Posten 32 04 06) vor.

Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen

Der ITRE-Ausschuss hat alle Pilotprojekte und vorbereitenden Maßnahmen geprüft und bewertet, die von den Mitgliedern vorgeschlagen wurden, und nahm sechs neue PP&VM an, die politische Prioritäten des Ausschusses mittragen und eindeutig das Potenzial haben, sich zu künftigen EU-Aktivitäten und -Programmen zu entwickeln:

- das Pilotprojekt „Tag der Brücke nach Europa“ (nach Posten 02 02 15), dessen Ziel es ist, die Kontakte zwischen europäischen Experten und Europa auszubauen, indem Europäer, die in Silicon Valley Unternehmen gegründet haben oder dort als Forscher tätig sind, mit Vertretern von EU-Institutionen und Unternehmen zusammengebracht werden, um Erfahrungen und Verfahren auszutauschen;
- das Pilotprojekt „Mobilität von jungen Unternehmern“ (nach Posten 02 02 15), zur Durchführung der Initiativen „Innovationsunion“ und „Jugend in Bewegung“, indem mindestens 100 junge Innovatoren in die Lage versetzt werden, an einer eigenen Idee in einer sehr frühen Phase in einer Gastorganisation zu arbeiten;
- das Pilotprojekt „Kompetenznetz „seltene Erden“ für Europa) (nach Posten 02 02 15), durch das gewährleistet werden soll, dass die Europäische Union dieses Thema ernst nimmt und sich bemüht, das eigene Verständnis dieser Ressourcen zu verbessern, um besonders deren Recycling und Substitution zu steigern;
- das Pilotprojekt „RECAP“: „Lokales Recycling von internen Plastikabfällen, die in großen EU-Polymerkonvertierungsregionen entstehen“ (nach Posten 07 03 31), zur Verbesserung des internen Plastikmüllrecyclings durch die Entwicklung neuer technischer Lösungen für das Recycling von Abfall aus der Kunststoffproduktion und die Implementierung und Strukturierung von Wiederverwertungskanälen auf der Grundlage von nachhaltigen Lösungen und Technologien;
- das Pilotprojekt „Energiesicherheit – Schiefergas (nach Posten 32 04 17), um Pilotprojekte oder andere unterstützende Aktivitäten zu finanzieren, mit denen die öffentliche Akzeptanz für die Erschließung und den Abbau von Schiefergas untersucht und ein Dialog über dieses Thema angestoßen werden soll;
- Vorbereitende Maßnahme „Mechanismen der Zusammenarbeit bei der Durchführung

der Richtlinie über Energie aus erneuerbaren Quellen“ (RES-Richtlinie) (nach Posten 32 04 17), mit der die Bedingungen für eine erfolgreiche Durchführung der RES-Kooperationsmechanismen, die in der RES-Richtlinie vorgesehen sind, und mögliche Überschneidungen mit anderen Mechanismen oder nationalen Unterstützungsmaßnahmen geprüft werden sollen.

Zusätzlich zu den oben aufgelisteten PP und VM unterstützt der ITRE-Ausschuss die Entwicklung der vorbereitenden Maßnahme „Erasmus für junge Unternehmer“ im Rahmen des CIP-Programms für unternehmerische Initiative und Innovation (Posten 02 02 01).

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	26.9.2011
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 36 -: 0 0: 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Jean-Pierre Audy, Bendt Bendtsen, Maria Da Graça Carvalho, Giles Chichester, Christian Ehler, Ioan Enciu, Gaston Franco, Adam Gierek, Norbert Glante, Fiona Hall, Edit Herczog, Romana Jordan Cizelj, Krišjānis Kariņš, Lena Kolarska-Bobińska, Philippe Lamberts, Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz, Marisa Matias, Judith A. Merkies, Milošlav Ransdorf, Herbert Reul, Michèle Rivasi, Jens Rohde, Paul Rübig, Amalia Sartori, Francisco Sosa Wagner, Patrizia Toia, Ioannis A. Tsoukalas, Marita Ulvskog, Adina-Ioana Vălean, Alejo Vidal-Quadras, Henri Weber
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Francesco De Angelis, Satu Hassi, Jolanta Emilia Hibner, Gunnar Hökmark, Werner Langen, Alajos Mészáros, Algirdas Saudargas